Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/376
07.11.2013

Hauptausschuss

21. Sitzung (öffentlich)

7. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:00 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Vorlage 16/1164 (Erläuterungsband EP 02)
Vorlage 16/1190 (Bericht EP 02)
Vorlage 16/1071 (Erläuterungsband EP 07, S. 149 ff.)
Vorlage 16/1220 (Bericht EP 07)

– Änderungsanträge, abschließende Beratungen und Abstimmungen im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses:

  Einzelplan 01 – Landtag
  Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin
  Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Einzelplan 01 – Landtag **6**

Der Ausschuss nimmt die Tischvorlage der Piratenfraktion zum Einzelplan 01 – Landtag – zur Kenntnis *(siehe Anlage)*. Über diese wird an anderer Stelle beraten. Von einer Abstimmung sieht der Ausschuss ab.

Der Einzelplan 01 – Landtag – wird einstimmig angenommen.

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin **7**

Der Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin – wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten angenommen.

Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung **8**

Der Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung – wird einstimmig angenommen.

2 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) **9**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

Der Ausschuss stellt Beratungsbedarf fest und will eine öffentliche Anhörung durchführen. Näheres wird in einem Obleutegespräch geklärt.

3 Landesregierung darf Kommunen bei Konversion und Strukturwandel nicht im Regen stehen lassen – Nordrhein-Westfalen braucht landesweites Programm für Konversion und Strukturwandel aus Mitteln der Europäischen Union! **10**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3205

Ausschussprotokoll 16/314

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten ab.

4 Verschiedenes **11**

Der Ausschuss kommt überein, über die Planung einer möglichen Ausschussreise abschließend in einem Obleutegespräch zu beraten.

Für den Besuch des Empfangs der NRW-Landesvertretung sowie der Film- und Medienstiftung vom 9. bis 10. Februar 2014 beschließt der Ausschuss einstimmig, eine Dienstreisegenehmigung der Präsidentin des Landtags einzuholen.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Vorlage 16/1164 (Erläuterungsband EP 02)
Vorlage 16/1190 (Bericht EP 02)
Vorlage 16/1071 (Erläuterungsband EP 07, S. 149 ff.)
Vorlage 16/1220 (Bericht EP 07)

– Änderungsanträge, abschließende Beratungen und Abstimmungen im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses:

Einzelplan 01 – Landtag
Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin
Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann weist darauf hin, dass die Beschlüsse zum Haushalt und zu eventuellen Änderungsanträgen dem Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt werden.

Einzelplan 01 – Landtag

Torsten Sommer (PIRATEN) nimmt Bezug auf die soeben ausgeteilte Tischvorlage zum Streaming von Sitzungen *(siehe Anlage)*. Die Piratenfraktion habe „ein wenig Geld“ dafür veranschlagt. Er wolle es bei diesen Ausführungen zum Thema belassen, da es hierzu noch Gespräche in der Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer und im Ältestenrat geben solle.

Marc Herter (SPD) entgegnet, dieses Thema gehöre in den Ältestenrat. Dieser habe den Einzelplan 01 in der vorliegenden Form auch mit den Stimmen der Piratenfraktion auf den Weg gebracht. Um Änderungsbedarf an einem gemeinsamen Beschluss zu einem Einzelplan kümmere man sich am besten in dem Gremium, das diesen Beschluss gefasst habe. Er halte den gewählten Weg einer Tischvorlage für die Beratungen im Hauptausschuss für abenteuerlich und unparlamentarisch.

Klaus Voussem (CDU) schließt sich den Ausführungen von Marc Herter zur Verortung der Behandlung an. Angesichts der in der Tischvorlage vorgesehenen Summen könne man nicht von „ein wenig Geld“ sprechen. Aus Sicht der CDU-Fraktion hätte man das im Vorfeld sehr intensiv beraten müssen.

> Der Ausschuss nimmt die Tischvorlage der Piratenfraktion zum Einzelplan 01 – Landtag – zur Kenntnis *(siehe Anlage)*. Über diese wird an anderer Stelle beraten. Von einer Abstimmung sieht der Ausschuss ab.
>
> Der Einzelplan 01 – Landtag – wird einstimmig angenommen.

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Die CDU-Fraktion behalte sich Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss vor, so **Klaus Voussem (CDU).** Er möchte darüber hinaus von der Landesregierung zum Ansatz in Kapitel 02 010 – Kongresse und Veranstaltungen – in Höhe von 350.000 € für die sogenannten TatKraft-Tage wissen, wie viele solcher Tage für 2014 geplant sind und welche konzeptionellen Überlegungen dahinter stecken.

Zum Kapitel 02 020 – Geschenke aus Anlass von Mehrlingsgeburten und Auszeichnungen für Rettungen aus Lebensgefahr – weist er auf die Forderung der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2013 hin, diese Mittel wieder bereitzustellen. Diesem Antrag sei nicht stattgegeben worden. Er fragt nach, warum auch im Etat 2014 wiederum keine Mittel vorgesehen seien. Die CDU-Fraktion halte dies für wichtig.

Dirk Wedel (FDP) erklärt, dass sich seine Fraktion ebenfalls eventuelle Änderungsanträge für das weitere Haushaltsberatungsverfahren vorbehalte.

MD Christina Halstenberg-Bornhofen (Staatskanzlei) antwortet, dass es in diesem Jahr zwei TatKraft-Veranstaltungen gegeben habe. Für 2014 seien bis zu sechs solcher Veranstaltungen geplant; es gebe noch keine Entscheidungen darüber, wo diese stattfänden.

Die Entscheidung über den Ansatz für Mehrlingsgeburten und Auszeichnungen für Rettungen aus Lebensgefahr sei schon für den letzten Haushalt getroffen und nicht revidiert worden.

> Der Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin – wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten angenommen.

Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

(Keine Wortmeldungen)

Der Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung – wird einstimmig angenommen.

Änderungsantrag zum Einzelplan ... 1
zum Haushaltsgesetz 2014

Sachhaushalt

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	PIRATEN	**Kapitel** 01 010 **Titel** neuer Titel **Titelbezeichnung** Technische Ausstattung zur audiovisuellen Übertragung Erhöhung des Baransatzes 2013 Von Euro Um 80.000 Euro Auf 80.000 Euro **Begründung:** Um die Arbeit des Landtags für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer zu machen und damit den Parlamentarismus und die Reputation der Volksvertreter zu stärken, soll in allen 5 Fraktionsräumen - zusätzlich zum Plenarsaal - die Möglichkeit geschaffen werden, Tonaufzeichnungen von Sitzungen durchzuführen und diese dauerhaft über das Internet abrufbar zu machen.	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN

Änderungsantrag zum Einzelplan ... 1
zum Haushaltsgesetz 2014

Personalhaushalt

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	PIRATEN	**Kapitel** 01 010 **Titel** neuer Titel **Titelbezeichnung** Technische Ausstattung zur audiovisuellen Übertragung Erhöhung des Baransatzes 2013 Von Euro Um 230.000 Euro Auf 230.000 Euro **Begründung:** Um die Arbeit des Landtags für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer zu machen und damit den Parlamentarismus und die Reputation der Volksvertreter zu stärken, soll in allen 5 Fraktionsräumen - zusätzlich zum Plenarsaal - die Möglichkeit geschaffen werden, Sitzungen audiovisuell aufzuzeichnen und dauerhaft über das Internet abrufbar zu machen.	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN

Änderungsantrag zum Einzelplan ... 1
zum Haushaltsgesetz 2014

Personalhaushalt

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	PIRATEN	Kapitel 01 010 Titel neuer Titel Titelbezeichnung Technische Ausstattung zur audiovisuellen Übertragung Erhöhung des Baransatzes 2013 Von Euro Um 285.000 Euro Auf 285.000 Euro Begründung: Um die Arbeit des Landtags für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer zu machen und damit den Parlamentarismus und die Reputation der Volksvertreter zu stärken, soll in allen 5 Fraktionsräumen - zusätzlich zum Plenarsaal - die Möglichkeit geschaffen werden, Sitzungen audiovisuell live zu übertragen, aufzuzeichnen und dauerhaft über das Internet abrufbar zu machen.	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN